

Laibacher Zeitung.

Nr. 136.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 18. Juni

Insertionspreis: Für 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20; für 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20; für 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20.

1874.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät geruhen allergnädigst nachfolgende Allerhöchste Handschriften zu erlassen:

Lieber Freiherr v. Kuhn!

Die dermaligen Verhältnisse bieten Mir die Möglichkeit, Ihrer Bitte um Verleihung eines Truppencommando zu willfahren.

Ich enthebe Sie hiemit von dem Posten Meines Reichskriegsministers und ernenne Sie zum commandierenden General zu Graz.

Die ausgezeichneten Dienste, welche Sie — durch eine Reihe von Jahren an der Spitze der Militärverwaltung stehend — Mir und der Monarchie geleistet haben; der hingebungsvolle Eifer, mit welchem Sie insbesondere an der Durchführung der schwierigen und wichtigen Reformen auf dem Gebiete des ganzen Heerwesens in erfolgreicher Weise gearbeitet haben, sichern Ihnen Meine aufrichtige und dankbare Anerkennung, und es gereicht Mir zur besonderen Befriedigung, Ihnen als Merkmal derselben taxfrei das Großkreuz Meines St. Stephan-Ordens zu verleihen.

Schönbrunn, am 14. Juni 1874.

Franz Joseph m. p.

Lieber Freiherr v. Koller!

Unter Ausdruck Meiner besonderen Zufriedenheit für die vorzüglichen Dienste, welche Sie auf Ihrem bisherigen Posten eines Statthalters und commandierenden Generals in Meinem Königreiche Böhmen geleistet haben, ernenne Ich Sie zu Meinem Reichskriegsminister.

Schönbrunn, am 14. Juni 1874.

Franz Joseph m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät geruhen ferner allergnädigst zu ernennen:

den Feldzeugmeister und commandierenden General zu Graz, Franz Freih. v. John zum Chef des Generalstabes;

den commandierenden General zu Brünn, Feldzeugmeister Joseph Freih. v. Philippovich v. Philippsberg zum commandierenden General zu Prag;

den Militärcommandanten zu Kaschau, Feldmarschall-Lieutenant Franz Freih. Philippovich v. Philippsberg zum Feldzeugmeister und commandierenden General zu Brünn;

den Feldmarschall-Lieutenant Ludwig Freih. Piret de Bihain, Commandanten der 31. Infanterie-Truppendivision, zum Militärcommandanten zu Kaschau;

den mit der Leitung des Generalstabes betrauten Feldmarschall-Lieutenant Joseph Gallina, unter Enthebung von diesem Dienstposten und Ausdruck der Allerhöchsten vollen Zufriedenheit für die auf demselben durch eine Reihe von Jahren geleisteten vorzüglichen Dienste, zum Commandanten der 30. Infanterie-Truppendivision;

den Generalmajor Franz Karl Freih. Pidoll zu Quintenbach, Commandanten der 2. Infanteriebrigade bei der 25. Infanterie-Truppendivision, zum Commandanten der 31. Infanterie-Truppendivision, mit vorläufiger Belassung in seiner bisherigen Charge;

den Generalmajor Franz Strensky Edl. v. Dresdenberg, derzeit Commandanten der 2. Infanteriebrigade bei der 25. Infanterie-Truppendivision, zum Vorstände des Präsidialbureau im Reichskriegsministerium; weiters

den bisherigen Vorstand dieses Bureau, Generalstabs-offizier, Obersten Johann Freih. v. Dumoulin, übercomplet im Infanterieregiment Freih. v. Reichsch Nr. 21, unter Vorbehalt seiner Verwendung im Truppendienste, von dem bisher bekleideten Dienstposten zu entheben und anzuordnen, daß derselben in Anerkennung seiner mehrjährigen, ausgezeichneten und erspriesslichen Dienstleistung der Ausdruck der Allerhöchsten besonderen Zufriedenheit bekannt zu geben sei.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben laut der Allerhöchsten Entschliessung vom 15. Juni d. J. den geheimen Rath und Statthalter in der Markgrafschaft Mähren Philipp Freiherrn Weber v. Ebenhof zum Statthalter im Königreiche Böhmen allergnädigst zu ernennen geruht.

Auersperg m. p.

Gesetz vom 19. Mai 1874

betreffend die theilweise Aenderung und Ergänzung des Uebereinkommens mit der privilegierten Südbahngesellschaft vom 13. April 1867 (R. G. Bl. Nr. 69).

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen wie folgt:

Artikel I.

Die Regierung wird ermächtigt, in theilweiser Aenderung und Ergänzung des seitens der Ministerien der Finanzen und des Handels mit der priv. Südbahngesellschaft am 13. April 1867 getroffenen Uebereinkommens über den Hafenbau in Triest und den Bau der dort genannten Eisenbahnen den beiliegenden Vertrag mit der genannten Gesellschaft abzuschließen.

Artikel II.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes sind der Handels- und der Finanzminister beauftragt. Budapest, am 19. Mai 1874.

(L. S.) Franz Joseph m. p.

Auersperg m. p. Banhans m. p. Pretis m. p.

Vertrag,

welcher auf Grund des Gesetzes vom zwischen den k. k. Ministerien der Finanzen und des Handels namens der Staatsverwaltung einerseits, dann der k. k. priv. Südbahngesellschaft andererseits, in theilweiser Aenderung und Ergänzung des Uebereinkommens vom 13. April 1867, R. G. Bl. Nr. 69, abgeschlossen wurde, wie folgt:

§ 1. Der im Uebereinkommen vom 13. April 1867, Artikel 6, seitens der Südbahngesellschaft ausgesprochene Verzicht auf das ihr in den §§ 23 und 24 der Concessionsurkunde vom 23. September 1858 eingeräumte Vorrecht bezüglich einer Bahn, welche von einem Punkte der Kronprinz-Rudolfsbahn nach Görz oder nach Triest oder nach einem anderen Punkte am Meere, sowie bezüglich einer Bahn, welche von einem Punkte der tiroler Linie gegen Voralberg oder gegen die bayerische Grenze geführt würde, wird auf die Dauer von weiteren sieben Jahren, vom 1. Jänner 1874 an gerechnet, erstreckt.

§ 2. Der Termin zur Vollenbung des triester Hafenbaues wird bis zum 31. Dezember 1878 verlängert.

Die in dem Uebereinkommen vom 13. April 1867 enthaltenen Bestimmungen über die Zahlung der Pauschalsumme von 13 1/2 Millionen für den triester Hafenbau bleiben jedoch ausreicht.

Wenn aber in dem Fortschreiten des Hafenbaues eine Verzögerung eintritt, welche nach dem Ermessen der Staatsverwaltung nicht in der Beschaffenheit des Baues oder in anderen außerordentlichen Umständen ihre Rechtfertigung findet, so ist die Staatsverwaltung berechtigt, mit den vertragmäßigen Ratenzahlungen insoweit innohthalten, bis die Verzögerung eingebracht ist.

§ 3. Das infolge der angeordneten Kürzung des Molo IV erzielte Baukostenersparnis von 150,000 fl. wird von der letzten, am 1. Juli 1878 fälligen Jahresrate in Abzug gebracht.

§ 4. Die Wassertiefe hat unmittelbar neben der unterseischen Blockmauer der Moli, Quais und der inneren Seite des Hafendamms und über der vorstehenden Krone des unter denselben befindlichen Steinwurfes sechs Meter zu betragen, sodann aber nach Maßgabe der projectmäßigen Bösung dieses Steinwurfes zuzunehmen, so zwar, daß sie in einer Entfernung von sieben Metern vom oberen Rande der Blockmauer wenigstens 8.5 Meter beträgt und kein Punkt des neuen Hafenraumes, welcher vom gedachten Mauerrande mehr als sieben Meter entfernt liegt, eine geringere Tiefe als jene von 8.5 Meter haben darf.

§ 5. Für die vertragmäßige Ausführung des Hafenbaues, überhaupt für die genaue Erfüllung aller Verbindlichkeiten, welche die Südbahngesellschaft in Abhängigkeit auf den triester Hafenbau in dem Uebereinkommen vom 13. April 1867, in den diesem nachgefolgten Vereinbarungen und im gegenwärtigen Vertrage übernommen hat oder noch künftig übernehmen wird, erlegt die Südbahngesellschaft bei Abschluß dieses Vertrages eine Caution im Betrage von einer Million Gulden in Wechseln der Gesellschaft, welche von sechs zu sechs Monaten zu erneuern sind.

Wenn die Staatsverwaltung erkennt, daß die Gesellschaft zum Erfolge eines aus der Nichterfüllung oder ungenauen Erfüllung des Bauvertrages dem Staate zugegangenen Schadens, oder zur Beseitigung etwaiger während der Haftzeit an den Bauobjecten vorgekommene

nen Mängel und Gebrechen verpflichtet sei, so ist sie berechtigt, den entsprechenden Ersatzbetrag durch Begebung oder Einlage der Wechsel hereinzubringen.

Nach gänzlichem Ablaufe der unter § 6 festgesetzten Haftzeiten wird die Caution, beziehungsweise der verbliebene Rest, der Südbahngesellschaft zurückgestellt.

Die Staatsverwaltung wird jedoch über Einschreiten der Südbahngesellschaft schon vor diesem Zeitpunkte einen Theil der Caution, welcher dem partiellen Erlöschen der Haftung entspricht, ausfolgen, vorausgesetzt, daß in Hinsicht auf das Fortschreiten des Baues kein Bedenken dagegen obwaltet.

§ 6. Vor der Uebergabe der vollendeten Bauten an die Staatsverwaltung hat eine Collaudierung derselben stattzufinden.

Die Collaudierung und Uebernahme der Hafenbauten kann auch vor der Vollenbung des ganzen Werkes, successive nach einzelnen Objecten, das ist Hafendamms, Moli, Quais, Anschüttungsflächen, Bassins, Martefin und Klusikanal, stattfinden.

Für jene Objecte, welche bei der Collaudierung vollkommen vertragmäßig hergestellt befunden wurden, wird eine dreijährige Haftzeit vom Tage der Uebernahme bedungen.

Für solche Objecte aber, welche zufolge des genehmigten Collaudierungsbeschlusses zwar den mit der Staatsverwaltung getroffenen Vereinbarungen nicht vollkommen entsprechend geliefert, aber zur provisorischen Uebernahme geeignet erklärt werden, soll die Haftzeit fünf Jahre vom Tage der Uebernahme dauern.

Die Südbahngesellschaft hat vermöge der übernommenen Haftung für die Vertragmäßigkeit und Dauerhaftigkeit der ausgeführten Hafenbauten bergestalt einzustehen, daß, wenn während der Haftungszeit irgend welche Mängel oder Gebrechen infolge nicht entsprechender Qualität der Materialien oder durch mangelhafte Arbeitsleistung sich zeigen sollten, die Gesellschaft verpflichtet ist, diese Mängel oder Gebrechen ohne Verzug auf ihre Kosten zu beheben, widrigens die Staatsverwaltung berechtigt sein soll, derlei Schäden auf Kosten der Gesellschaft und mit Verwendung der Caution (§ 5) auf jede ihr beliebige Weise und durch wen immer beheben zu lassen.

§ 7. Das Uebereinkommen vom 13. April 1867 bleibt in allen seinen Bestimmungen aufrecht, insofern es durch den gegenwärtigen Vertrag nicht ausdrücklich abgeändert wird, einschließlich der der Südbahngesellschaft obliegenden Verpflichtung der Trennung der Gesellschaft in zwei selbstständige und von einander unabhängige Gesellschaften.

§ 8. Es steht der Staatsverwaltung frei, alle jene Maßregeln zu ergreifen, welche zur unaufgehaltenen Erfüllung des Vertrages führen, wogegen auch der Südbahngesellschaft der Rechtsweg für alle Ansprüche, die sie aus dem Contracte machen zu können glaubt, offenstehen soll.

Die k. k. Finanzdirection für Krain hat den Finanz-Conceptspracticanten Franz Tordy zum Finanzconcupisten in die X. Rangklasse ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen vom Tage.

Die in den höchsten Militärkreisen erfolgten Personalveränderungen geben den wiener Journalen reichen Stoff zu publizistischen Bemerkungen und Combinationen.

Die „Presse“ sagt: „Daß Freiherr von Kuhn in den letzten Jahren während der Delegationsverhandlungen stets bereit gewesen, mit seiner Person die Forderungen zu decken, die er im Namen der Heeresverwaltung gestellt, und daß er im lebhaften Kampfe für dieselben wiederholt den Gedanken an einen Rücktritt geäußert, daß er auch bei der oft heftigen Reibung der Ansichten, welche die von ihm durchgeführten Heeresreformen hervorgerufen, wiederholt den gleichen Entschluß kundgegeben, weiß man. Ebenso bekannt ist es aber auch, daß H. v. Kuhn sich stets mit Glück in den parlamentarischen Kämpfen behauptet und trotz all dem, was die Streichquartette verdrückliches ihm bereitet haben mögen, mit der verfassungstreuen Majorität sich stets in einer Weise auseinanderzusetzen, daß er sich deren vollste Achtung und Anerkennung und dadurch eine gewisse Popularität im Volke errungen. Auch die Armee wird trotz der Opposition, die viele seiner Reformen und namentlich sein Avancementsgesetz gefunden, den H. v. Baron

Ruhn doch immer als einen ihrer tüchtigsten und hervorragendsten Reorganisatoren im besten Andenken behalten. Unter seiner sechsjährigen Verwaltung wurde das neue Wehrgesetz, die Reform der Bildungsanstalten, die Reorganisation der Cadres, die Ausrüstung und Bewaffnung der Armee nach den neuesten Principien durchgeführt, wurde vieles gethan zur Hebung der Intelligenz im Heere und zur Verbesserung der materiellen Lage der Offiziere, wurde Vorsorge getroffen für die Möglichkeit einer raschen Mobilisierung der Armee und eine Verbesserung der tactischen Dienstvorschriften.

Daß der Nachfolger des Freiherrn von Ruhn, Baron Koller, bei der verfassungstreuen Majorität der Volksvertretung als das dem Parlamente verantwortliche Organ der Kriegsverwaltung einer entgegenkommenden Aufnahme sicher sein kann, daß man seine Ernennung zum Reichs-Kriegsminister als eine Bürgschaft betrachten darf, auch fernerhin das gute Einvernehmen zwischen Reichsregierung und Volksvertretung nicht durch einen „Militärconflikt“ getrübt zu sehen, brauchen wir nicht zu erwähnen. General Koller hat sich in Böhmen um die Consolidierung der Ordnung und die Wiederherstellung der Autorität des Gesetzes unvergeßliche Verdienste erworben; deshalb aber wird auch sein Scheiden von seinem bisherigen Posten von der Verfassungspartei in ganz Oesterreich bedauert werden.

Das „Freiendenblatt“ schreibt unter anderem: „Freiherr v. Ruhn erwarb sich durch sein soldatisches Auftreten in den parlamentarischen Kreisen den Ruf eines redlichen und ehrenwerthen Mannes, eines Kriegsministers, der es nicht nur ernst meinte mit der Reorganisation des österreichischen Heerwesens, sondern auch mit der Beobachtung der österreichischen Verfassung. Die „Delegationsmüdigkeit“ allein hat also den Freiherrn v. Ruhn schwerlich gedrängt, um seine Enthebung „wiederholt“ zu bitten. Mit der Ernennung des Freiherrn von John zum Generalstabschef tritt eine wesentliche Aenderung in unserer Militärorganisation ein. Der Generalstab hört auf eine Abtheilung des Kriegsministeriums zu sein und gewinnt, vereinigt in der Hand eines hohen Generals, an Einfluß, Bedeutung und Ansehen. So groß und berechtigt aber das Bedauern der politischen Kreise über die Demission des Freiherrn von Ruhn ist, ebenso groß und berechtigt ist die Befriedigung über die Wahl seines Nachfolgers. Wir sind gewiß, daß mit dem General der Cavallerie Freiherrn von Koller der rechte Mann auf dem rechten Platze zu stehen kommt. Freiherr v. Koller hat als Statthalter Böhmens das Vertrauen, welches ihm die Centralregierung und die reichstreue Bevölkerung des Landes entgegengebracht haben, nicht getauscht. Mit den Schwierigkeiten der Lage wuchsen auch seine Capazität und Thatkraft. Er blieb stets Herr der Situation und gab dem Gesetze wieder das Ansehen und die Achtung zurück. Wenn der Spuk der „Fundamentalartikel“ keine verderblichen Spuren in Böhmen zurückgelassen hat, so ist es nur dem tactvollen und staatsmännischen Wirken des Freiherrn v. Koller zu danken. Und wer so vielfältige Proben von außerordentlicher Befähigung gegeben, der wird auch den Anforderungen, die an den Kriegsminister gestellt werden, gewachsen sein. Freiherr v. Koller hat den Ruf eines intelligenten und praktisch durchgebildeten Militärs in das Regierungsgebäude zu Prag mitgebracht und diesen Ruf wird er im grauen Hause „am Hof“ als Organisator und Administrator bewahren. Er wird das begonnene Werk

seines Vorgängers unter Dach bringen und vielleicht mit weniger Kampf und Streit, da er in der Landstube auf dem prager Fünfkirchenplatz Fühlung bekommen mit den Chorführern der Deutschliberalen, die ja auch in der cisleithanischen Delegation die Primstimme führen.“

Aus dem Leitartikel des „Neuen Fremdenblatt“ bringen wir die nachstehenden bedeutungsvollen Stellen:

„Alle treuen Oesterreicher jeglicher politischer Partefarbe, ohne Ausnahme, werden der Wirksamkeit des scheidenden wie derjenigen des werdenden Kriegsministers die vollste Anerkennung dafür zollen, daß die beiden Generale so großes zur Wiederherstellung des gesunkenen Ansehens unserer Monarchie und der bedrohten Einheit unseres Staates gethan haben. Wenn heute das nach Königgrätz scheinbar rettungslos verlorne und unheilbarer Ohnmacht und baldiger Zerstückung überlieferte Oesterreich mächtig, geachtet, umworben, freihellich dasteht, so fällt ein großer Theil des Verdienstes an dieser alle Welt überraschenden Wendung zum Besten den beiden Kriegsministern zu.“

Der Dank für das Vollbrachte: das ist wohl die erste Regung, welche durch die Nachricht von dem vollzogenen Personenwechsel hervorgerufen wurde. General Koller bleibt dem politischen Leben erhalten und wird in weitaus vergrößertem Wirkungskreise auch ferner eine der mächtigsten Säulen des verfassungstreuen Regiments sein; Feldzeugmeister Ruhn tritt in die rein militärische Sphäre zurück, und seine politische Thätigkeit ist wenigstens vorläufig geschlossen.

Dem letzteren gelte daher das erste Wort der Anerkennung. Wie er 1859 als Generalstabschef den einzig richtigen Weg zum Siege gewiesen und wie leider seine Mahnungen ungehört verhallt sind; wie er 1866 in Tirol mit einer handvoll Milizen und Soldaten den Einbruch Garibaldis zurückgeschlagen und dann einem mächtigen italienischen Heere jeden Fußbreit Bodens freit gemacht hat, das gehört der Geschichte an. Was er dann als Organisator der österreichisch-ungarischen Armee geleistet hat, ist nicht immer sofort nach seinem vollen Werthe gewürdigt worden.

Um es ganz zu ermessen, brauchen wir nur an die Zustände unseres Heeres und auch des Reiches bei seinem Amtsantritte zu denken. Unter ungeheuren Schwierigkeiten vollzog Freiherr v. Ruhn die jetzt ihrem Ende nahe Reorganisation des Heeres. Er konnte nicht, wie Graf Roon, mit „heldenmäßig viel Geld“ wirtschaften, nicht „das Geld nehmen, wo er es fand“, sondern er fand, nicht, in einen mit eroberbten Milliarden gefüllten Sack greifen, nicht, gleich den französischen Kriegsministern, auf unerschöpfliche Hilfsquellen recurriren. Das alles konnte er nicht, und doch hat er mit den überaus bescheidenen, freilich von dem so hart geschädigten Lande trotzdem kaum zu erschwenden Mitteln, wenn nicht dem Umfange, so doch der Tüchtigkeit nach ebenso bedeutendes geleistet, wie seine ausländischen Kollegen unter Aufwendung unermesslicher Summen vollbracht haben. Wie war sie vor sieben Jahren zerrüttet, von Mißtrauen in sich selbst zerfressen, mit sich und unter sich habend, ohne Lust und ohne Muth in die Zukunft blickend, unsere österreichische Armee! Und wie wohl organisiert, gut geschult und bewaffnet, wie trefflichen Geistes und Selbstvertrauens voll, wie schlagfertig ist sie heute! Und der binnen sieben Jahren die gewaltige Umwandlung vollbracht hat, mußte nicht nur mit

endlosen finanziellen Schwierigkeiten kämpfen, fand auch die Mannigfaltigkeit der Nationalitäten, die Zweitheilung des Reiches, die föderalistischen Experimente, endlich den hohen, kaum besiegbaren Einfluß der militärischen und politischen Jospartei auf seinem Wege. Auch die Delegationen bereiteten ihm endlos schwere Stunden.

Die politischen Verdienste, welche Baron Koller sich als Statthalter erworben, halten denen die Wage, welche Baron Ruhn durch treues Festhalten am Constitutionalismus und dadurch errungen hat, daß sein offenes, männliches Wort gegen die Fundamentalartikel, vereinigt mit dem Einspruche des Grafen Andrassy und dem Memorandum des Grafen Beust, die Hohenwart'sche Wirthschaft zu Falle gebracht hat. General Koller hat mit unvermeidlichem Eifer die in der bösen Epoche emporgeschossene Giftsaat ausgejätet, den Samen der Reichstreue gestreut, die Saat zu üppigem Erntefelde aufgezogen. Sein Werk ist der Niedergang der czechischen Reichseindlichkeit, und wenn nach wenigen Jahren die Czechen im Reichsrathe erscheinen, so wird sein Verdienst an diesem Ereignisse nicht vergessen werden. Alles in allem: einen tüchtigeren Kriegsminister und einen besseren Statthalter von Böhmen, als die gewesenen, kann Oesterreich nicht finden. Es darf sich glücklich schätzen, wenn die Nachfolger den Vorgängern gleichkommen. Betreffs des Kriegsministeriums wissen, betreffs der Statthalterherrschaft hoffen wir es.

Politische Uebersicht.

Salzach, 17. Juni.

In der am 16. d. abgehaltenen Sitzung des ungarischen Unterhauses erklärte auf eine Interpellation Wahrmanns der Justizminister, es werde demnächst ein Gesetzentwurf über den Schutz der Hypothekarpfandbriefbesitzer einbringen. Horn wünscht seinen Gesetzentwurf über Verwerthung der Steuern rückstände zu motivieren. Nachdem der Finanzminister die Vornahme desselben jetzt für unthunlich erklärte, zog Horn den Gesetzentwurf zurück. — Auf eine Anfrage Barabys erklärt Se. Exc. der kön. ung. Ministerpräsident, die Regierung werde nur noch die bekannten Eisenbahnvorlagen einbringen und sodann beabsichtigt sie, die Session zu schließen. — Vom kirchenpolitischen Ausschusse wurde der Bericht über die Civilehe vorgelegt.

Die „M. Politika“ bemerkt: Den Incompatibilitäts-Gesetzentwurf verfolgt nicht nur die öffentliche Meinung im Lande mit Aufmerksamkeit, sondern es erweckt derselbe auch die Aufmerksamkeit der Regierungen des Auslandes, indem jener krankhafte parlamentarische Zustand, der bei uns wahrzunehmen, auch anderwärts, wenn auch in geringerem Grade sich zeigt. Die wiener Presse billigt die detaillierten und erschöpfenden Anordnungen des Entwurfs. Mehrere ausländische Regierungen haben bereits die ungarische Regierung um Zusendung des Incompatibilitäts-Gesetzentwurfes in deutscher oder französischer Uebersetzung ersucht. Besonders interessiert sich für denselben die italienische Regierung, wo gleichfalls ein analoger Gesetzentwurf vorbereitet wird. Von der Presssection der deutschen Reichsregierung aber soll angeblich infolge höheren Auftrags nichts der Referent über die österreichisch-ungarische Presse lediglich zu dem Zwecke in die ungarische Hauptstadt kommen, um die Verhandlung dieses Gesetzentwurfes zu

feuilleton.

Die Schauspieler.*

Eine Erzählung von Wilhelm Marsano.

(Fortsetzung.)

Darin aber hatte sich Rosa dennoch verrechnet, daß sie erwartete, Fritz werde schon am andern Morgen vor ihr erscheinen. Sie sah ihn erst am Abend im Theater und sagte ihm lächelnd im Vorübergehen, daß sie ihn erwartet habe. Sonst wurde nichts zwischen beiden gesprochen. Rosa fühlte, daß sie ihre Schritte bereits gethan, und daß jetzt Fritz sich nähern müsse. Da er ihr in seinem ganzen Wesen neu, wenigstens weit zurückhaltender als alle die andern erschien, so durfte sie auch auf keine Weise auffallend entgegenkommen.

Den folgenden Tag fing Fritz an zu überlegen, ob es nicht unartig und undankbar sei, der zweimaligen freundlichen Einladung Rosa's nicht zu folgen. Es war ein etwas in ihm, was ihn unablässig hindrängte, und zugleich ward eine Stimme in ihm laut, die ihn von dem Gange zurückrief. Fritz hatte den Abend vorher wieder das Benehmen Rosa's gegen andere beobachtet. Er hatte es gegen alle gleich anmuthig und freundlich, gegen sich aber herzlich und freundschaftlich gefunden.

Er ging zu Rosa. — Sie kam ihm mit all' ihrer Lebenswürdigkeit entgegen, bot ihm wie einem alten Bekannten die Hand, setzte sich zu ihm, und plauderte nun sehr heiter und geistreich zugleich über das Künstlerleben im Allgemeinen. Durch ihre Natürlichkeit verlor

sich auch Fritzens Besangenheit, und er sprach nun ruhig und verständig über seine theatralischen Verhältnisse. Rosa erinnerte ihn in ihrem Wesen, das sie vor ihm so offen entfaltete, an Seraphinen, und er konnte sich kaum überreden, daß das einfache, muntere Mädchen, die hier mit ihm so sorglos in dem weichen Sopha saß und plauderte, die gefeierte Rosa Albani sei, vor deren Liebreiz die halbe Welt, vorzüglich die Männliche, im Entzücken schwamm.

Rosa fühlte wie nöthig ihr es wäre, zu erfahren, ob Fritzens Herz noch ganz frei sei, was sie fast vermuthete. Doch mußte sie ganz leise hinhorchen, um sich nicht zu verrathen. Sie sprang bei einer Pause des Gespräches auf, setzte sich zum Pianoforte und sang einige italienische Lieder — dann wurde sie etwas still, ging in sanftere Akkorde über, ihre Miene wurde ernster, und als sie den ersten Uebergang genug motiviert glaubte, begann sie ein Lied voll der glühendsten Sehnsucht nach dem Geliebten — sie legte allen Reiz, alles tiefe Gefühl, das ihr zu Gebote stand, in ihren Gesang, und selbst ihre Blicke, die sie an die Decke des Zimmers geheftet hielt, ohne wohlweislich nur einen einzigen an Fritz zu richten, schwammen in feuchten Strahlen der sehnennden Liebe. Fritz sollte glauben, sie sänge ihr eigenes Gefühl einem fernen Gegenstande zu, und dadurch war sie gesichert, er werde in ihrem Benehmen kein Spiel finden, das auf ihn selbst berechnet sei. Zugleich wollte sie den Eindruck beobachten, den ihr Lied auf ihn mache, und daraus erkennen, ob er in der Ferne ein Wesen habe, das er liebe.

Fritz war langsam hinter Rosa's Stuhl getreten, er horchte mit zurückgehaltenem Athem — er fand sein innerstes Gefühl hier in den harmonischen Strom des Gesanges aufgelöst — er blickte von oben herab auf

das reizende Antlitz der Albani nieder, welches das Feuer des Gesanges mit einer glühenden Rosenpracht umgoss — der feuchte Strahl des schwimmenden, blauen, in Liebe und Sehnsucht glänzenden Auges zuckte blendend auf, und das anmuthige Spiel der Purpurlippen um den Silberschmelz der Zähne, ließ die reinen Wellen des Tones wie einem Vorne von glühenden Korallen entgleiten. —

So sang Seraphine nicht — und dennoch trugen ihn die Tonwellen zu ihr hin. Die schöne, vor Kurzem erst erlebte Vergangenheit zog an ihm vorüber — er wählte sich an Seraphinens Seite wo er oft und selig gestanden — ein tiefer Seufzer hob sich aus seiner Brust. — Rosa ließ die Saiten in leisen Schwingungen verbeben — sie blieb still — Fritz bemerkte es nicht, er hatte den Arm an einen nahe stehenden Chiffonier gestützt und lehnte so in tiefen Gedanken verloren. Rosa stand lange nachdenkend vor ihm. — Sie hatte ihn seufzen gehört. Galt dieser Seufzer ihrem Gesange — ihr selbst — oder einer Sehnsucht in Fritzens Herzen, die mit dem Zauberstabe der Musik in's Leben gerufen? — galt diese Sehnsucht einem fernen Gegenstande?

Die lange Stille um sich her riß Fritz aus seinen Träumen empor — er blickte wie zerstreut um sich, und sah Rosa bei einer Stickerie beschäftigt. Er stammelte einige Entschuldigungen — Rosa aber sah freundlich zu ihm empor, und sprach: „Warum eine Entschuldigung, lieber Freund, ich wollte ich hätte immer solche Zuhörer, die mich und sich über ein Lied vergessen können. Gibt es einen geistigen Lohn für uns als Künstler, so liegt er nur in einer solchen nummen Anerkennung, die einem Gebete an dem Altare der Götter gleicht. Auch mich bewegt dieses einfache Lied ungemein — und ich weiß doch nicht warum. — Ich glaube

verfolgen und über die Details und die Tragweite des Gesehtwurfs sich gehörig zu orientieren.

Am 16. d. fand in Berlin die erste Plenarversammlung des Bundesrathes über die Reichsjustizgesetzgebung statt. Der „Nationalzeitung“ zufolge legten mehrere Bundesregierungen, darunter Baiern und Hamburg, umfassende Verbesserungsvorschläge vor. Hamburg will das Schöffengericht auch aus den niederen Gerichten beseitigen. Sachsen beantragt dessen Aufnahme in die mittelinstantialen Gerichte.

Der vom linken Centrum durch Perier eingebrachte Antrag wegen Errichtung der Republik mit siebenjähriger Präsidentschaft Mac Mahons wurde in der am 15. d. stattgefundenen Sitzung der Nationalversammlung zu Versailles der Verfassungscommission überwiesen. Graf Lambert de Sainte-Croix beantragte die Befestigung der Verlängerung der Gewalten Mac Mahons, Errichtung zweier Kammern und Uebertragung des Rechtes der Kammerauflösung an die erste Kammer im Vereine mit dem Präsidenten der Republik. Nach Ablauf der Gewalten des Präsidenten der Republik haben beide zu einem Congresse vereinigte Kammern den Nachfolger Mac Mahons zu ernennen oder die Verfassung zu revidieren. Dieser Antrag wurde gleichfalls der Verfassungscommission zugewiesen. Die Dringlichkeit des Antrags Periers wurde von Chaugarnier und Ardrel bekämpft und von Perier und Laboulaye vertheidigt. Bei der Abstimmung wurde die Dringlichkeit mit 345 gegen 341 Stimmen angenommen. — Karoche-soucault brachte einen Antrag auf Wiederherstellung der Monarchie ein und verlangte, daß dieser Antrag der Verfassungscommission überwiesen werde, was von der Assemblée jedoch abgelehnt wurde. Die Regierung griff in die Debatte nicht ein, weil sie es der Nationalversammlung überlassen wollte, ihr Vorgehen ganz selbstständig zu bestimmen und weil sie aus einer Dringlichkeitsfrage keine Cabinetsfrage machen wollte. Die Regierung enthielt sich demnach der Theilnahme an der Debatte und wahrte jedem Minister die Freiheit seiner Abstimmung.

Die Führer der linken Centrapartei in Versailles stellten in betreff der definitiven Begründung der Republik folgenden Antrag: Um der herrschenden Ungewißheit ein Ziel zu setzen, beschließt die Nationalversammlung: Der Dreißiger-Ausschuß hat als Grundlage seiner Arbeiten über die Organisierung und den Uebergang der öffentlichen Gewalt zu nehmen: 1. den Artikel I des am 19. Mai 1873 eingebrachten Gesehtwurfs, der da lautet: „Die Regierung der französischen Republik besteht aus zwei Kammern und einem Präsidenten als Oberhaupt der executiven Gewalt“; 2. das Geseht vom 20. November 1873, durch welches das Präsidium der Republik bis zum 20. November 1880 dem Marschall Mac Mahon übertragen wird; 3. den Artikel III der Verfassung vom Jahre 1848, welcher von der Ausübung des Rechtes einer gänzlichen oder partiellen Revision der Verfassung handelt.

Zum landwirthschaftlichen Unterricht.

Bei den vom Ackerbauministerium im vorigen Jahre abgehaltenen Conferenzen über das Unterrichtswesen an Ackerbauschulen und landwirthschaftlichen Mittelschulen wurde ebenso wie auf dem letzten agrarischen Congresse der Mangel passender Lehrbücher für die genannten Lehranstalten betont.

man erinnert sich dabei an Alles, was uns je lieb und werth war und vom dem uns das Schicksal trennt — an die erste frohe Kinderzeit, an die ganze Vergangenheit, die ihren Reiz meist erst in der Vergangenheit erhält, und so immer schöner wird, je öfter man sie geistig verlebt. Ich darf aber das Lied nicht so bald wieder singen,“ fuhr Rosa fort, indem sie leicht mit der Hand über die Augen strich, „aber wenn ich allein bin oder vor jemand, dem ich Empfindung zutraue, recht gern und freiwillig singe, so komme ich stets, und wenn ich auch mit dem heitersten Anfange, zu diesem Lied zurück, das mich immer so schmerzlich und doch so selig zugleich bewegt.“

„So ist es auch mir ergangen,“ fiel Fritz ein. „Ihr Gesang wiegte mich in einen wachen Traum, zurück mich zaubernd in meine seligste Zeit — ich danke Ihnen recht herzlich — es war eine Weihstunde meiner schönsten Erinnerung, die ich hier bei Ihnen verlebt — wie glücklich sind Sie, die Gluth ihrer Empfindungen, wenn sie die Brust überfüllen, in ein Lied verwandelt ausströmen zu können — dieser Trost ist mir versagt. Doch darum gibt es wohlthätige Feen, wie Sie eine sind, die unseren Gefühlen Worte und Töne leihen.“

Nicht ganz zur gelegenen Zeit meldete man Rosa den Kapellmeister. Fritz empfahl sich, und versprach bald wieder zu kommen.

Rosa sah ihm lange nach. — „Er liebt schon irgendwo,“ sprach sie bei sich selbst, „er liebt und ist treu wie es scheint, — nun wir wollen den Kampf mit der unbekannten Nebenbuhlerin wagen — Krieg soll sein — der Gegenstand ist des Streites werth.“

(Fortsetzung folgt.)

Um diesem Uebelstande abzuwehren, hielt es das Ackerbauministerium für angezeigt, eine Bewerbung in dem Sinne auszusprechen, daß man die erwünschten Kategorien von Lehrbüchern bezeichnete und an Fachschriftsteller die Einladung ergehen ließ, gegen eine angemessene Vergütung die Verfassung eines derartigen Lehrbuches zu übernehmen. Dieser Modus wurde gewählt bezüglich der Lehrbücher für Physik und Chemie, dann Naturgeschichte und Landwirthschaftslehre, landwirthschaftliche Gesehtskunde, Zeichnen und Vermessen für den Bedarf von Ackerbauschulen, theils manueller, theils theoretischer Richtung, ebenso bezüglich der Lehrbücher der landwirthschaftlichen und der chemischen Technologie für den Gebrauch in landwirthschaftlichen Mittelschulen.

Die Vortheile für jene Bewerber, welchen die Verfassung zuerkannt werden wird, sind so einladend, daß eine ziemlich zahlreiche Bewerbung seitens tüchtiger Fachmänner erwartet werden darf.

Eine andere im Interesse des landwirthschaftlichen Unterrichtswesens einzuleitende Maßregel betrifft die Sicherung angemessener Demonstrations- oder Lehrwirthschaften, um den Schülern die nöthige praktische Anschauung auf landwirthschaftlichem Gebiete in entsprechender Weise beizubringen. Diese Anschauung könnte zwar durch eine mit dem erforderlichen Verstande eingeleitete Verbindung einer Wirthschaft mit der landwirthschaftlichen Lehranstalt vermittelt werden, es empfiehlt sich jedoch weit mehr, daß der Schüler schon vor dem Eintritte in die landwirthschaftliche Lehranstalt oder auch in den Ferien zwischen zwei Jahrgängen sich als Aspirant auf einer zweckmäßig eingerichteten Wirthschaft unter angemessener Leitung in dem Betriebe des landwirthschaftlichen Gewerbes sich bewege. Das Ackerbauministerium hat daher, nachdem vonseite der Landwirthschaftsgesellschaften und Vereine eine Anzahl entsprechender Wirthschaften bezeichnet wurde, an die Besitzer derselben die Anfrage gerichtet, ob und unter welchen Bedingungen sie geneigt wären, einem oder mehreren Aspiranten der Landwirthschaft die Verwendung in ihrem Gutsbetriebe zu ermöglichen. Jene Wirthschaften, von deren Besitzern zustimmende Antworten einlangen sollten, werden dann öffentlich bekanntgegeben werden. Derlei Aspiranten hätten in der Regel für ihre Sustentation den mit der betreffenden Gutsverwaltung zu vereinbarenden Betrag zu zahlen, sowie die Mühewaltung des mit ihrer Anleitung betrauten Wirthschaftsorgans zu belohnen, aber das Ackerbauministerium ist bereit, mittellose ausgezeichnete Schüler in dieser Beziehung zu unterstützen. Die Aspiranten wären verpflichtet, am Ende jeder Woche eine schriftliche Arbeit über die Dispositionen und Verrichtungen der Woche, sowie über die dabei gemachten technischen und landwirthschaftlichen Wahrnehmungen zu liefern.

Tagesneuigkeiten.

— (Gratulation.) Am 27. oder 28. d. M. trifft eine von Sr. kais. Hoheit dem Großfürsten Constantin Nikolajewitsch und zwei Generalen geführte militärische Deputation aus St. Petersburg hier ein, um Sr. Majestät den Kaiser zum 25jährigen Jubiläum als Ritter des kais. russischen St. Georgsordens zu beglückwünschen.

— (Personalmeldung.) Der k. und k. Gesandte Freiherr von Schwarz-Senhorn wird sich nächste Woche nach Washington begeben.

— (Dichterfest.) Herr Johann Gabriel Seidl, der gemüthliche österreichische Dichter, seinerzeit Gymnasialprofessor in Gili und derzeit kais. Schatzkammervorstand in Wien, feiert am 21. Juni seinen 70. Geburtstag. Der Journalisten- und Schriftstellerverein „Concordia“ wird dem greisen Dichter in einer Adresse seinen Glückwunsch darbringen.

— (Journalistenne.) Ueber den neuernannten k. k. Statthalter für Böhmen, Freiherrn v. Weber, sagt das „Freundenblatt“: „Diese Ernennung halten wir für eine glückliche. Freiherr v. Weber hat sich während seiner vieljährigen Beamtenlaufbahn als tüchtig bewährt. Die Liebeshörigkeit seiner Umgangsformen haben wir hier in Wien vor seiner Versetzung nach Brünn kennen gelernt und in Prag ist der Mann kein Neuling. Schon in den Bierziger- und Fünfziger-Jahren amtierte Weber in Prag und wenn jemand die Licht- und Schattenseiten der böhmischen Zustände und Verhältnisse, die wunden Stellen des Parteitreibens, die Rivalitäten der beiden Volksstämme kennt, so ist es der neue Statthalter Böhmens, der freilich nicht, wie sein Vorgänger, beide Gewalten, die civile und militärische, in seiner Hand vereinigen wird. Doch, wie auch diese wichtige Personalveränderung taxiert werden möge, die Beruhigung werden die Verfassungsfreunde jedenfalls daraus schöpfen können, daß dem zu Recht bestehenden System keine Gefahren durch die Neuernennung drohen und daß die volle Verfassungsmäßigkeit nach wie vor in allen Theilen des Reiches gewahrt werden wird.“

— (Nachruf.) Die verfassungstreuen Blätter Böhmens widmen dem scheidenden Statthalter Freiherrn v. Koller sympathische Artikel, indem sie anerkennen, daß seiner Amtstätigkeit das Land die Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände verdankt.

— (Ofterer Lose.) Bei der letzten Ziehung fiel der Haupttreffer mit 30,000 fl. auf Nr. 20,352 und der zweite Treffer mit 1000 fl. auf Nr. 9685.

Locales.

Zur Impfsfrage.

(Schluß.)

In Kärnten ist aber die Impfung entschieden im Verfall. Wenn man die Impfausweise der letzten zehn Jahre durchsieht und vergleicht, so findet man, daß von den zu Impfenden im ganzen Lande im Jahre 1864 43·6, 1865 41·3, 1866 37·2, 1867 35·5, 1868 34·9, 1869 35·1, 1870 37·0, 1871 34·1, 1872 32·4 und 1873 34·4 Percent und mit Rücksicht auf die einzelnen politischen Bezirke durchschnittlich, u. z. im Bezirke Hermagor 93·4, Spital 90·3, Villach 87·8, Klagenfurt, Stadt 93·4, Klagenfurt, Umgebung 53·1, S. Beit 58·0, Völkermarkt 19·9 und Wolfsberg 9·1 Percent geimpft wurden.

Diese Ziffern beweisen das Ausgesprochene vollkommen. Sie zeigen aber auch den großen Unterschied zwischen Ober- und Unterkärnten. Da in ganz Kärnten von den zu Impfenden in den letzten zehn Jahren nur 36·5 Percent geimpft wurden, so übertrifft die Anzahl der Ungeimpften jene der Geimpften um ein Bedeutendes. Dieses ungünstige Verhältnis wird in einzelnen Bezirkshauptmannschaften geradezu ein erschreckendes. So finden wir in Wolfsberg neben 9 Geimpften 91 Ungeimpfte. Es ist also ein so großes Materiale zur Verbreitung im Lande, daß das Fortbestehen der Blatternepidemie in Kärnten seit den letzten Jahren sehr erklärlich wird, umso mehr, als die Bornahe von Revaccinationen zu den Seltenheiten gehört. Um diesen nachgewiesenen Verfall der Impfung in Kärnten aufzuhalten, glaubt der Verein der Aerzte:

1. Daß die gegründeten Bedenken gegen die Impfung und die nachweislichen Nachteile derselben möglichst beseitigt und beseitigt werden;

2. Daß die hohe Regierung trachte, die Impfung möglichst zu verallgemeinern.

Was den ersten Punkt anbelangt, so ist vor allem darauf zu sehen, daß nur mit guter, verlässlicher Lympe geimpft werde.

Da nur die wenigsten unserer Impfarzte es verstehen, sich verlässliche Lympe von einem Jahre zum anderen aufzubewahren, so sind sie gezwungen, die Lympe von einer sogenannten „Zapfmanufaktur“ zu beziehen.

Außer der Landesfindelanstalt in Wien existieren in Oesterreich verschiedene, theils subventionierte, theils private Zapfmanufakturen.

Daß die Findelanstalt in Wien durchaus nicht geeignet sei als Impfinstitut zu fungieren, hat der niederösterreichische Landes-sanitätsrath in seinem Gutachten über die Impfsfrage im Jahre 1873 klar nachgewiesen. Dieselbe Findelanstalt war es auch, welche den Impfstoff zu jenen Impfungen in Oßlach lieferte, deren Endresultat der Tod von vier früher gefunden und kräftigen Individuen war. — Daß die übrigen österreichischen Impfinstitute wenigstens keine Garantie für die Güte und Verlässlichkeit ihres Impfstoffes bieten, geht daraus hervor, daß sie keiner Controle unterzogen werden, und daß nirgends Protokolle über die versendete Lympe geführt werden.

Ist aber die Impfung eine öffentliche Gesundheitsmaßregel der Regierung, soll von dieser Seite auch gesorgt werden, daß die Impfarzte verlässliche Lympe erhalten.

Dies könnte aber nur dann der Fall sein, wenn die hohe Regierung im geeigneten Wege im Lande selbst, etwa nach dem Muster der königlich bayerischen Centralimpfanstalt in München, eine unter ihrer Aufsicht stehende Impfanstalt errichtet zu dem Zwecke, die Impfarzte des Landes mit verlässlicher Lympe zu versehen.

Es genügt aber nicht, daß die Impfarzte mit guter Lympe versehen werden, es ist auch nöthig, daß die Impfarzte bei Wahl der Vorimpfungen mit großer Vorsicht zu Werke gehen und die Impfung selbst mit aller Gewissenhaftigkeit vornehmen. Es wäre daher sehr wünschenswerth, daß die hohe Regierung die Impfarzte bei dem Impfgeschäfte durch ihre Organe, die k. k. Bezirksärzte, möglichst kontrollieren lasse.

Was den zweiten Punkt anbelangt, daß die hohe Regierung trachte, die Impfung möglichst zu verallgemeinern, so glaubt der Verein der Aerzte, daß hier einerseits der Eifer der Impfarzte anzusprechen, andererseits das Vorurtheil des Publicums zu bekämpfen sei.

Die gegenwärtige Entlohnung der Impfarzte ist aber eine solche, daß sie keinen Impfarzt anspornt mit Liebe an sein Geschäft zu gehen. Sie ist dieselbe, welche sie vor Jahrzehnten war; der Werth des Geldes ist aber in der Zwischenzeit ein anderer geworden, und es wäre daher nur ein Act der Billigkeit, wenn Euer Excellenz mit dem Landesauschusse wegen Erhöhung der Impfgebühren in Unterhandlung treten würden.

Der Verein der Aerzte Kärntens hält außerdem dem Werth der Impfpremien für einen sehr zweifelhaften und glaubt, daß das bis nun zu diesem Zwecke verwendete viel vortheilhafter zur Prämiierung für Auffindung und Ausnützung originärer Kuppoden angewendet würde.

Ferner ist es jetzt sehr schwierig passende Vorimpfungen für zwei Gulden zu erhalten. Es wird nöthig sein auch hier eine bessere Entschädigung zu bewilligen.

Was endlich die Bekämpfung der Vorurtheile des Publicums anbelangt, so glaubt der Verein der Aerzte, daß es zweckmäßig wäre, wenn vonseite der Regierung dem Impfsache eine größere Bedeutung gegeben würde. Die jedesmalige Anwesenheit des Bürgermeisters, die öfters das Geseht vorschreibt, die öfters Intervention des Bezirke-

